

Schwestern und Brüder!

Die Frage ist so brandaktuell wie uralte: Worin manifestiert sich kirchliche Einheit? Was (außer die letztlich in Rom [früher in Jerusalem] zusammenlaufenden hierarchischen Amtsstrukturen) hält unsere Kirche noch zusammen und macht sie als Einheit erkennbar? Was macht die gemeinsame Identität aller weltweit verstreuten kirchlichen Gemeinden aus? Und was davon ist wirklich wesentlich für die Menschen, für die sie da sein wollen? Kirchenrechtliche Normen? Penible Beobachtung liturgischer Vorschriften? – Die Lesung aus der Apostelgeschichte zeigt, dass solche Fragen in der Kirchengeschichte keineswegs neu sind, sondern bereits ganz am Beginn des Christentums standen, als es sich zusehends vom Judentum emanzipierte und in andere Kulturen hinein ausbreitete. Was hält Kirche eigentlich zusammen? Was sind unaufgebbare Bedingungen gemeinsamer Identität, und was ist verzichtbar an uniformierendem Regelwerk?

Vor dem Hintergrund der Wahlen zum EU-Parlament, aber natürlich auch der losgebrochenen innenpolitischen Turbulenzen in unserem Land möchte ich den Blick aber einmal weg von unserer Kirche wenden und dieselben Fragen nach der Einheit unserer Gesellschaft stellen: Was hält eigentlich unsere Gesellschaft und unser politisches Gemeinwesen zusammen? – Eine Antwort darauf ist natürlich nicht direkt aus einem Blick in die Bibel zu gewinnen; unsere Republik ist ebenso wenig wie die EU eine Glaubensgemeinschaft, sondern als liberale, pluralistische und rechtsstaatliche Demokratie verfasst. Ich will und kann hier freilich auch keinen staatsphilosophischen Vortrag halten. Aber es gibt in unserer Kirche einen beinahe 130jährigen Traditionsstrang, der sich als Katholische Soziallehre mit Fragen des sozialen Zusammenlebens aus christlicher Perspektive beschäftigt. Und aus dieser Tradition lässt sich entgegen den gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Trends nicht nur in Österreich, sondern europa- und weltweit, lässt sich gegen den allgegenwärtigen Vormarsch von national orientierten und auf soziale Ab- und Ausgrenzung setzenden „Law&Order-Parteien“ manches gewinnen, das leider zu großer Sorge Anlass gibt:

Die Katholische Soziallehre benennt „Gemeinwohl-Orientierung“ und „Solidarität“ als zentrale Prinzipien und gleichsam „Kitt“ gesellschaftlichen Zusammenhalts. Das Problem: Wachsende Mehrheiten unserer Gesellschaften und die im Gleichschritt dazu populistisch erfolgreichen Politiker missverstehen „Solidarität“ mehr als eine „Kampf- und Abgrenzungssolidarität“ gegen andere denn als Gemeinschaftsprinzip des füreinander Einstehens und Haftens. Im ständig lauter werdenden Ruf nach Sicherheit, nach Kontrolle und Ordnung verbirgt sich in Wahrheit eine Haltung prinzipiellen Misstrauens. Menschen, die nicht dem eigenen Kulturkreis, nicht der eigenen Interessengemeinschaft, nicht der eigenen Familie angehören, ja im Extremfall alle Mitmenschen werden grundsätzlich als Konkurrenten und potentiell gefährlich eingestuft. Darum muss man sich schützen und nach allen Seiten absichern. Vertrauen mag gut sein, Kontrolle ist allemal besser. Handschlag war einmal; heute geht nichts mehr ohne schriftliche Verträge. Denn die heute bei vielen Menschen gängige Moral fragt nicht mehr nach dem an sich Guten, sondern schrammt nur noch an der Leitschiene des gesetzlich Verbotenen entlang. Die Folgen dieses moralischen Minimalismus sind fatal: Nach innen braucht es immer engmaschigere Gesetze und Normierungen – und nach außen: nur noch mehr, höhere, engmaschigere Zäune! – Aber wo beginnt Außen? Irgendwann in dieser Logik bereits vor der eigenen Wohnungstür!

Wer diese Logik jedenfalls zu Ende denkt, landet beim erschreckenden Zukunftsszenario einer paranoiden Hochsicherheitsgesellschaft, deren gemeinsame Basis aus Angst und Misstrauen besteht und die von einem möglichst lückenlosen Netz gesetzlicher Normen und entsprechender Kontroll- und Zwangsmechanismen überzogen und zusammengehalten, besser: am Funktionieren gehalten wird. – Für Vertrauen und echte Solidarität ist hier kein Platz mehr. Sie beschränkt sich darauf, der Gesellschaft das zu geben, wozu man gesetzlich verpflichtet bzw. gezwungen ist. Das aber hat weder mit Solidarität, mit echter Gegenseitigkeit, mit einem füreinander Einstehen noch mit Gemeinwohl-Orientierung etwas zu tun. So eine Gesellschaft zerfällt ohne ihr immer engmaschigeres Rechts- und Kontrollkorsett.

Der Beschluss der Jerusalemer Kirchenleitung in der Apostelgeschichte weist in eine ganz andere Richtung: Er setzt nicht auf ein möglichst umfassendes normatives Regelwerk, sondern positiv auf einen Vertrauensvorschuss: ein Minimum an verbindlichen Normen, aber viel Vertrauen darauf, dass die aus anderen Kulturen stammenden „Neu-Christen“ das Wesentliche erfassen und genau das tun würden, was „Leben in der Nachfolge Jesu“ bedeutet und erkennbar macht.

Unsere modernen Gesellschaften sind – wie gesagt – weder Glaubens- noch Weltanschauungsgemeinschaften. Dennoch sind auch sie letztlich angewiesen auf gegenseitiges Vertrauen und solidarisches Verhalten ihrer Mitglieder – oder sie gehen genau dessen verlustig, was sie als „human / menschlich“ qualifiziert und ihre Existenz rechtfertigt.